

WEIL BERLIN MEHR KANN

Positionen zur Wiederholung der Abgeordnetenhauswahl 2023
von DIE FAMILIENUNTERNEHMER in Berlin



Kontakt

Positionen von

DIE FAMILIENUNTERNEHMER e.V.
Charlottenstraße 24 | 10117 Berlin
Tel. 030 300 65-0 | Fax 030 300 65-390
kontakt@familienunternehmer.eu
www.familienunternehmer.eu

Ansprechpartner

Stefan Schröter | Landesvorsitzender von
DIE FAMILIENUNTERNEHMER in Berlin
Tel. 030 230 95 10 | Stefan.Schroeter@o-d-s.de

Berlin, Januar 2023

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	4
1. Effiziente Verwaltung	6
2. Moderne Bildung	8
3. Praxistaugliche Verkehrspolitik	10
4. Bezahlbarer Wohnraum für eine wachsende Stadt	12
5. Generationengerechter Haushalt	14

Weil Berlin mehr kann

Liebe Berlinerinnen und Berliner,

unsere Stadt ist die Heimat von leistungsstarken Mittelständlern, innovativen Köpfen und Start-ups. Menschen aus der ganzen Welt zieht es aufgrund des starken wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Angebots nach Berlin. Als Arbeitgeber und Ausbilder leisten Familienunternehmen dabei einen entscheidenden Beitrag zur Anziehungskraft unserer Stadt. Wir können Wandel seit Generationen, investieren in umweltfreundliche und digitale Technologien und schaffen zukunftssichere Arbeitsplätze. Grundvoraussetzung für eine Fortführung dieses wirtschaftlichen Erfolgs ist jedoch eine funktionsfähige Stadt.

Bekanntheit hat die Stadt in den letzten Jahren jedoch leider vermehrt dadurch erlangt, dass die Dinge des öffentlichen Lebens, die in der Verantwortung der Politik liegen, schlecht oder gar nicht funktionieren: Ein funktionierender und gut angebundener Flughafen, erreichbare Ämter, schlanke Verwaltungsstrukturen, Sicherheit in den Bezirken, ein Verkehrskonzept für alle Verkehrsträger, Bildung für die Herausforderungen von morgen, Schaffung von Wohnraum – in Berlin leider alles Fehlanzeige! Dies ist ein Zustand, mit dem sich die Berlinerinnen und Berliner nicht mehr länger abfinden dürfen.

Es reicht nicht, Bundeshauptstadt und Tourismusmagnet zu sein. Investoren und Unternehmen denken immer häufiger aufgrund klar benennbarer Nachteile über andere Standorte nach. Denn bereits vor der Wahlorganisation war das Missmanagement des Senats deutlich spürbar. Viele Unternehmerinnen und Unternehmer kämpfen tagtäglich mit den Doppelstrukturen zwischen Senat und Bezirken. Das Wahlchaos im September 2021 war ein neuer Tiefpunkt politischer Inkompetenz, das dem Vertrauen in die Demokratie schweren Schaden zugefügt hat. Die Wähler haben am 12. Februar die Chance, diesem Chaos die rote Karte zu zeigen.

Berlin muss wirtschaftsfreundlicher und wettbewerbsfähiger werden. Der zukünftige Senat muss Berlins öffentliche Funktionsfähigkeit wiederherstellen, die Bildung unserer Kinder in den Fokus nehmen und mit gezielten Anreizen und Entlastungen schnellstmöglich die Weichenstellungen vornehmen, damit Berlin trotz dieser Krisenzeiten als Standort für Wertschöpfung vor Ort wieder attraktiv wird.

DIE FAMILIENUNTERNEHMER in Berlin stehen bereit, um anzupacken und unsere Stadt zukunftsfähig aufzustellen. Wir helfen mit, wenn es um Ideen für eine praxisnahe Verkehrsplanung und die Stärkung unserer Schulen geht. Wir zeigen auf, wo es bei den Verwaltungsverfahren strukturell hakt und machen konstruktive Vorschläge, wie Transformationsprozesse gemeinsam gelingen können. Unsere Impulse sind Erfahrungen aus der Wirklichkeit. Um sie in gute Lösungen für die Menschen in Berlin einfließen zu lassen, braucht es einen Senat, der die Wirtschaft als Partner versteht. Am 12. Februar 2023 braucht es daher einen Kurswechsel für unsere Stadt.

Eine Stimme für einen wirtschaftskompetenten Senat im Februar ist daher auch eine Stimme für ein Berlin, das seine Chancen endlich nutzt.

Ihr



Stefan Schröter

Landesvorsitzender von DIE FAMILIENUNTERNEHMER in Berlin

1. Effiziente Verwaltung

Berlin muss als Großstadt und nicht als Zusammenschluss von unabhängigen Bezirken gedacht werden. Die mangelnde Abstimmung zwischen den Bezirksverwaltungen und dem Senat war eine der Hauptursachen für das Wahldebakel. Sie bremst auch die wettbewerbsstarken Betriebe der Stadt aus. Denn die unklaren Verantwortlichkeiten machen es sehr schwer, Zukunftsinvestitionen in der Stadt voranzutreiben. Anstatt mutig moderne Prozesse und eine funktionierende Verwaltung für die Bürger zu schaffen, bemüht ein Großteil der Politik Ausflüchte als Rechtfertigung für lähmende Strukturen aus dem letzten Jahrtausend. Aufgeklärte Menschen wissen aber, dass andere Städte in Deutschland und auf der Welt von den Verantwortlichen nicht gleichgültig dem strukturellen Chaos überlassen werden, nur, weil sie mehr als eine Millionen Einwohner haben.

Die Auswirkungen des Kompetenzwirrwarrs zeigen sich insbesondere bei der Digitalisierung der Verwaltung. Zwar wurde mit dem Chief Digital Officer eine zentrale neue Stelle für die Digitalisierung eingerichtet. Doch viele Kompetenzen bleiben weiterhin bei den einzelnen Bezirken und Verwaltungsbereichen. Diese Aufsplitterung in die überholten Berliner Bezirk-Strukturen und die fehlende Durchsetzungskraft verhindern die Umsetzung von Online-Dienstleistungen, das Vorantreiben der Internetanbindung und die Ausweitung der digitalen Angebote für die eigenen Mitarbeiter im öffentlichen Dienst. Wer diese Stadt regieren und nach vorne bringen will, braucht Mut, sich gegen Widerstände durchzusetzen.

Die jetzigen Vorschläge aus der Senatsinnenverwaltung als Reaktion auf die Wahlwiederholung gehen in die richtige Richtung. Viele Unternehmerinnen und Unternehmer zweifeln nach Jahren der rot-grün-roten Tatenlosigkeit jedoch an der Glaubwürdigkeit dieser Ankündigungen. Denn einer von internen Streitigkeiten geplagten Koalition scheint bis heute der Konsens für die zügige Umsetzung einer tiefgreifenden Verwaltungsreform zu fehlen, die Berlin so dringend braucht. Leider zeugen auch andere Vorschläge, wie derjenige von der Berliner CDU zur Schaffung eines 13. Bezirks auf bisher Brandenburgischem Gebiet nicht von ausreichendem Problembewusstsein.

DIE FAMILIENUNTERNEHMER in Berlin fordern daher:

- **Das Ende der veralteten Bezirksstrukturen:** Die derzeitige Berliner Kleinstaaterei passt nicht in das Bild einer modernen internationalen Metropole. Es braucht dringend eine Verwaltungsreform, die einheitliche Strukturen, klar geregelte Verantwortlichkeiten und eine deutliche Verschlankeung vorsieht. Die Aufgabenverteilung zwischen Senat und Bezirken muss 2023 nicht nur durch eine Reform des Allgemeinen Zuständigkeitsgesetzes, sondern durch eine Verfassungsänderung klar definiert und eine Fachaufsicht des Senats über die Bezirke geschaffen werden.
- **Jeder Antrag online:** Es braucht eine deutliche Entbürokratisierung durch digitale Verwaltungsleistungen. Berliner Unternehmen müssen immer noch viele ihrer Ressourcen unproduktiv in bürokratische Anträge und Dateneingaben verschwenden. Die Einrichtung einer digitalen Plattform und digitaler Formulare reicht dabei nicht aus, wenn diese anschließend in der Verwaltung ausgedruckt werden. Prozesse und Abläufe müssen völlig neu digital aufgesetzt werden und jeder Antrag muss online machbar sein!
- **Kulturwandel im öffentlichen Dienst:** Als größter Arbeitgeber Berlins muss die Berliner Verwaltung zügig moderner werden und Schulungen zu digitalen Arbeitsweisen für die Mitarbeitenden anbieten. Erst durch die Nutzung digitaler Potenziale lassen sich Arbeitsgänge vereinfachen und der Zeitaufwand für Verwaltungsverfahren reduzieren. Hier muss umgehend eine bessere Vernetzung, Infrastruktur und ein Mentalitätswandel geschaffen werden.
- **Eine breite Nutzung der E-Akte:** Digitalisierung an den Gerichten heißt derzeit: Das Berliner Landgericht schafft teure Hochleistungsdrucker an, um die Schriftsätze, die Anwälte elektronisch an das Gericht geschickt haben, auszudrucken. Um die verbindliche Einführung der E-Akte leisten zu können, muss dringend Tempo beim Aufbau der erforderlichen IKT-Infrastruktur gemacht werden!
- **Digitale Innovationen und Gründer unterstützen:** Berlin ist die Heimat von innovativen Start-ups. Um die Entwicklung insbesondere digitaler Produkte voranzutreiben, muss Berlin (anonymisierte) öffentliche Daten (Open Data) für neue digitale Geschäftsmodelle und Anwendungen zur Verfügung stellen. Nur so können Zukunftstechnologien wie Künstliche Intelligenz und Quantencomputing, die auf großen Datenmengen basieren, möglich gemacht werden.
- **Datenschutz neu denken:** Viele Mittelständler beklagen eine überproportionale Belastung durch die formalen Vorgaben der DSGVO. Datenschutz muss endlich zeitgemäß gestaltet werden. Wir fordern, dass entsprechende Experimentierklauseln in Berlin breitflächig umgesetzt werden! Insbesondere in einer Gründermetropole wie Berlin muss das Austesten neuer Technologien und Geschäftsmodelle ermöglicht werden, indem bestehende Regelungen zeitweise ausgesetzt werden. NRW geht hier mit gutem Beispiel voran und schafft im Bereich des E-Government mit Experimentierklauseln neue Spielräume.
- **Vereinfachung der öffentlichen Vergabe:** Ein vergabespezifischer Mindestlohn beschneidet die Prinzipien der Wirtschaftlichkeit. Die Verpflichtung trägt zu einer erheblichen Verteuerung der Aufträge bei. Die Dokumentation verursacht zusätzlichen bürokratischen Aufwand, insbesondere, wenn Unternehmen Aufträge in verschiedenen Bundesländern mit jeweils länderspezifischen Mindestlohnregeln umsetzen müssen. Die Verpflichtung zu zahlreichen Sozial- und Umweltaspekten erhöht diesen hohen Zeit- und Kostenaufwand für Unternehmen und Behörden zusätzlich. Kleinere und mittelständische Betriebe mit geringen Verwaltungskapazitäten werden durch nicht praktikable Anforderungen faktisch vom Vergabeverfahren ausgegrenzt. Es darf daher keine Erhöhung des Vergabemindestlohns geben und braucht stattdessen eine deutliche Entschlackung der Vergabeverfahren!

2. Moderne Bildung

Damit die Wirtschaft die Märkte von morgen bedienen kann, brauchen wir qualifizierte Arbeitskräfte. Branchenübergreifend wird die Fachkräftelücke jedoch immer größer. Als Familienunternehmen sind wir Jahr für Jahr Ausbilder der Nation, doch vielen Berliner Schulabgängern fehlt es beim Lesen, Schreiben und Rechnen an den notwendigen Grundkenntnissen. Bei den Schülervergleichsarbeiten des Instituts zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen (IQB) erreichte ein überdurchschnittlicher Anteil an Grundschulern nicht die Mindeststandards.¹ Bei den Schulabbrechern liegt Berlin weiterhin mit einer Quote von 6,6 Prozent auf dem vorletzten Platz.² Im INSM-Bildungsmonitor 2022 ist es auf den hinteren Plätzen im Bundesländervergleich (Rang 11 von 16). Besonders in den Bereichen Berufliche Bildung, Schulqualität und Bildungsarmut besteht erhebliches Verbesserungspotenzial. Diese Zahlen senden ein erschreckendes Signal an junge Familien, die ihren Kindern die besten Bildungschancen ermöglichen wollen und an Unternehmen, die für ihren wirtschaftlichen Erfolg gut ausgebildete Arbeitnehmer vor Ort benötigen.

Eine Ausweitung der finanziellen Mittel wird Berlins Rückstände in den Schulen nicht beheben können. Berlin liegt bei den Bildungsausgaben pro Schüler bereits heute rund 30 Prozent über dem Bundesdurchschnitt. Wir brauchen stattdessen eine leistungsorientierte Bildungspolitik, die die Zukunftschancen der Kinder in den Mittelpunkt rückt und unsere Schülerinnen und Schüler auf die Herausforderungen der Arbeitswelt vorbereitet.

DIE FAMILIENUNTERNEHMER in Berlin fordern daher:

- **Eine Offensive gegen den Lehrkräftemangel:** Finanzielle Anreize sind nicht ausreichend, um Lehrkräfte nach Berlin zu locken. Stattdessen brauchen sie gezielte Entlastungen, um sich wieder auf das zu konzentrieren, was sie am besten beherrschen: Unterrichten. Sie müssen durch sozialpädagogische, administrative und auch technische Kräfte unterstützt werden. Zur Gewinnung von Lehrkräften braucht es zudem eine attraktive Arbeitsumgebung und eine bessere Studienberatung an den Hochschulen.
- **Mehr Praxisnähe:** Schülern fehlt der aktuelle Bezug ihrer Lehrinhalte zum Alltag. Es müssen Unterrichtskonzepte geschaffen werden, die Orientierung für das Berufsleben geben. Praxisvorträge ließen sich durch digitale Konzepte auch schulübergreifend organisieren. Wir Familienunternehmer kommen für den praktischen Einblick in die Selbstständigkeit und das Unternehmertum gerne in die Klassenzimmer!
- **Eine Aufwertung der beruflichen Bildung:** Berlin lebt von den vielen mittelständischen Betrieben in der Stadt. Um die Fachkräfte von Morgen auszubilden, braucht es eine bessere Ausstattung der beruflichen Schulen und eine Aufwertung der Berufsausbildung. Hierfür muss frühzeitig über berufliche und akademische Bildung in allen Schulformen informiert und Ausbildungsmöglichkeiten aufgezeigt werden.
- **MINT-Fokus in den Schulen:** Kaum ein Schulabsolvent in Berlin hat Programmierkenntnisse oder ein Verständnis von der Funktionsweise von Algorithmen. Dabei brauchen unsere Wirtschaft und Verwaltung für die ökologische und digitale Transformation insbesondere IT-Experten. Händeringend suchen viele Unternehmen nach MINT-Fachkräften. Wir könnten sie mit einem Pflichtfach Informatik schon lange an Berlins Schulen ausbilden.
- **Digitale Aus- und Weiterbildung der Lehrkräfte:** Von den 2021/2022 flächendeckend vom Senat angeschafften mobilen Endgeräten für Lehrkräfte wurden bisher ca. 14.000 Tablets im Wert von rund 14 Millionen Euro nicht angeschaltet. Eine Ursache hierfür ist auch, dass es den Schulen an Kapazitäten fehlt, um aufwendige Medienkonzepte zu erstellen. Schüler und Lehrer werden ohne ausgearbeitete digitale Instrumente allein gelassen. Digitalkompetenz muss in die Studienpläne der Pädagogen integriert werden, um digitale Unterrichtskonzepte, Kommunikationstools und KI-basierte Lernprogramme effektiv nutzen zu können!
- **Eine leistungsstarke digitale Infrastruktur:** Weniger als ein Drittel der Berliner Schulen haben eine Anbindung an das Glasfasernetz. Berliner Schulleiter haben kein Management-Studium absolviert, dass sie für aufwändige Antragsstellungen wappnet, um die digitale Ausstattung und Infrastruktur in ihren Schulen voranzutreiben. Die Schulen brauchen mehr organisatorische Unterstützung und Expertise von IT-Fachkräften, um bedarfsgerecht neue Server aufzubauen, die LAN-Verkabelung in jedes Klassenzimmer voranzutreiben und Smartboards und mobile Endgeräte zur Verfügung zu stellen. Digitale Genehmigungsprozesse können hier mehr Tempo machen!

¹ IQB-Bildungstrend 2021 | <https://www.iqb.hu-berlin.de/bt/BT2021/Bericht>

² INSM-Bildungsmonitor 2022 | https://www.insm-bildungsmonitor.de/2022_best_berlin_gesamtranking.html

3. Praxistaugliche Verkehrspolitik

Die Gewerbetreibenden der Stadt brauchen bei der Anlieferung ihrer Waren lastenstarke Verkehrsträger und müssen zeitgleich angesichts steigender Preise wettbewerbsfähig bleiben. Sie können weder auf den ÖPNV noch auf das Fahrrad umsteigen und haben oft nicht die finanziellen Spielräume, um ihren Fahrzeugbestand, insbesondere Spezialfahrzeuge und Schwerlasttransporter, in einem Investitionszyklus emissionsfrei zu machen. Auch viele Arbeitnehmer sind aufgrund ihrer Lebenssituation und fehlender Alternativen vor Ort auf ein eigenes Fahrzeug angewiesen. Eine Quote von 100 Prozent an elektrischer Mobilität in Berlin ist allein aus Kostengründen für Viele in der Stadt nicht leistbar. Arbeitnehmer und Arbeitgeber sind daher dringend auf einen bedarfsgerechten ÖPNV und die praxistaugliche Verknüpfung unterschiedlicher Verkehrsträger – inklusive des möglichst emissionsarmen Autos – angewiesen.

Um das seit Jahren steigende Verkehrsaufkommen in Berlin zu bewältigen, müssen Angebote ausreichend ausgeweitet und die nötige Infrastruktur zukunfts- und kundenorientiert ausgebaut werden. Stattdessen wurden in den letzten Jahren kurzzeitige Pop-up-Radwege und autofreie Zonen ohne Gesamtkonzept geschaffen. Das mag medienwirksam sein, schürt jedoch die Ressentiments der einzelnen Verkehrsteilnehmer gegeneinander und trägt zum Verkehrschaos dieser Stadt bei. Eine Neuorganisation des Verkehrs darf daher nicht mehr mit Verboten, Erziehungsmaßnahmen und ideologisch geprägten Schnellschüssen vorstattengehen. Sie muss mit attraktiven Angeboten und einem langfristigen praxistauglichen Ansatz vorangetrieben werden.

DIE FAMILIENUNTERNEHMER in Berlin fordern daher:

- **Praxisnahe Verknüpfung aller Verkehrsträger:** Der zukünftige Senat muss ein durchdachtes Gesamtkonzept vorlegen, das offen sowohl Fußgänger, Rad- als auch Autoverkehr berücksichtigt und attraktive Angebote schafft! Eine neue Verkehrsverwaltung muss insbesondere den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrsnetzes vorantreiben und zügig die Ausschreibungen für den S-Bahn-Verkehr beschleunigen.
- **Qualitative Aufwertung des ÖPNVs:** Ein 29-Euro-Ticket für alle kann die wachsenden Verkehrsengpässe in der Stadt nicht beheben. Ein Umstieg auf den öffentlichen Personennahverkehr wird oftmals aufgrund seiner mangelnden Zuverlässigkeit, fehlenden Sauberkeit und der spärlichen Anbindung in den Randbezirken abgelehnt. Wir brauchen eine qualitative Aufwertung des ÖPNVs, um seine Attraktivität langfristig zu steigern. Ein vergünstigtes Ticket ist für ein hochverschuldetes Land wie Berlin zudem auf Dauer nicht tragbar. Hier braucht es zielgenaue Maßnahmen statt derartig ideologisch geprägte Wahlgeschenke für alle.
- **Digitale Potenziale nutzen:** Echtzeit-Daten können den Verkehrsfluss optimieren, Gefahrenquellen erkennen und damit Unfälle und Staus reduzieren. Um den ÖPNV bedarfsgerechter und kundenorientierter zu gestalten, muss mittels Informationstechnologie die vorhandene Infrastruktur besser genutzt werden! Ein Beispiel: Für Personen, die freiwillig ihre Daten zur Verfügung stellen, müssen individuell angepasste Mobilitätsangebote geschaffen werden, die eine bessere Verknüpfung der Verkehrsträger ermöglichen und eine echte Alternative zum Konzept der starren Monatskarte bieten.
- **Der BER ist eine Schande für diese Stadt:** Der Flughafen BER ist seit seiner Inbetriebnahme zu einem Standortnachteil für unsere Stadt geworden. Geschäftliche Zusammenkünfte, Veranstaltungen und Messen finden nicht mehr in Berlin statt, weil Organisatoren und Teilnehmer das Risiko eines nicht funktionierenden Flughafens zu Recht nicht eingehen. Fehlende Taxen und chaotische Anzeigen einer nicht funktionierenden ÖPNV-Anbindung rufen besonders für nicht-deutschsprachige Ausländer eine Kultur des Nicht-Willkommensseins hervor. Stundenlange Wartezeiten bei gleichzeitig verwaisten Sicherheitskontrollbereichen und mangelnde Personalplanung für Dienstleistungen auf und neben dem Rollfeld sind Ausdruck von menschengemachtem Missmanagement. Als gewichtiger Anteilseigner muss das Land Berlin die reibungslose Funktion des Flughafens sicherstellen!

4. Bezahlbarer Wohnraum für eine wachsende Stadt

Eine Politik, die das Eigentum an Wohnraum in Frage stellt, kann die Probleme auf dem Wohnungsmarkt nicht lösen. Die tatsächliche Ursache hoher Mieten – die Angebotsknappheit – kann nur mit mehr Bauen bekämpft werden. Doch Jahr für Jahr werden die eigenen Bauziele des Landes verfehlt. Das derzeitige Ziel von 200.000 Wohnungen bis 2030 im Koalitionsvertrag konnte Rot-Grün-Rot bisher nicht mit konkreten Maßnahmen und Projekten unterlegen. Stattdessen wurde der Wohnungsmarkt – nicht zuletzt durch das Damokles-Schwert der Enteignungskommission – verschärft. Die Auswirkungen: Seit 2016 geht die Zahl der zum Bau genehmigten Wohnungen in Berlin zurück. Ohne neue Wohnungen wird es aber in einer wachsenden Stadt keine Entspannung bei den Miethöhen geben.

DIE FAMILIENUNTERNEHMER in Berlin fordern daher:

- **Beschleunigung der Verfahren:** Es braucht mehr Tempo beim Bau und bei der Nachverdichtung durch eine Genehmigungsbeschleunigung. Neben dem Mangel an Bauland verhindern langwierige Planungs- und Genehmigungsverfahren und unklare Verantwortlichkeiten zwischen den Bezirksverwaltungen und dem Senat tagtäglich Investitionen. Berlin braucht weniger Bürokratie, praxisnahe Bauvorschriften, mehr Bauland u. a. durch die Ertüchtigung von Brachen und schnellere Planungs- und Genehmigungsverfahren!
- **Mehr Investitionsanreize:** Die ökologische Transformation im Gebäudesektor kann ein hochverschuldetes Land wie Berlin finanziell nicht stemmen. Um den Sanierungs- und Wohnungsbedarf in Milliardenhöhe zu decken, braucht es private Investoren. Zusätzliche Regulierungen wie die Genehmigungspflicht in den ausgeweiteten Milieuschutzgebieten verteuern das Bauen und Modernisierungen jedoch zusätzlich und schrecken Investoren dauerhaft ab. Hier braucht es eine deutliche Verschlinkung der Bauordnung und mehr Investitionsanreize. Damit dringend benötigte Investitionen sich zudem rechnen und überhaupt getätigt werden, müssen die Kosten weitergegeben werden können – unabhängig davon, ob sie der energetischen Sanierung, der Schaffung neuen Wohnraums oder der nachhaltigen Verbesserung einer Mietsache dienen.
- **Ein klares Bekenntnis zum Schutz von privatem Eigentum:** Angriffe auf die Rechte von Eigentümern bis hin zu Enteignungen sind verheerende Verstöße gegen die Soziale Marktwirtschaft. Privates Eigentum ist ein hohes Gut und die Grundlage für Freiheit. Ohne Eigentümer und Unternehmen wird der Neubau und die Modernisierung des Immobilienbestandes zum Erliegen kommen. Darüber hinaus sendet dieser leichtfertige Umgang mit Grundrechten ein fatales Signal für Investoren, dass Berlin kein sicherer Standort ist. Die Entscheidung zum vergangenen Volksentscheid darf daher nicht auf eine völlig nebulöse Enteignungskommission abgewälzt werden. Wir erwarten vom künftigen Senat eine klare Absage an Enteignungen!

5. Generationengerechter Haushalt

Berlin kommt strukturell nicht mit seinem Geld aus. Die Stadt weist bundesweit eine der höchsten Verschuldungen auf. Mit 66 Milliarden Euro Schulden wurde Ende 2021 ein neuer Rekord erreicht. Angesichts steigender Zinsen und zunehmender Tilgungslasten ist dies eine enorme Belastung für künftige Generationen. Dennoch werden mit dem Berliner Entlastungspaket in Höhe von 3 Milliarden Euro, dem befristeten 29-Euro-Ticket für alle und einem Extra-Energiegeld Maßnahmen auf den Weg gebracht, die weder zielgenau noch finanziell nachhaltig sind. Stattdessen wird das politische Wunsch-Dir-Was des Senats aus den Zahlungen anderer Bundesländer finanziert. Im Länderfinanzausgleich ist Berlin aufgrund seiner niedrigen Wirtschafts- und Steuerkraft seit über 10 Jahren einsamer Spitzenreiter unter den Bundesländern und war 2021 mit 3,6 Milliarden Euro größter Empfänger.

Ohne Zweifel: Die Corona- sowie Energiepreis-Krise haben die Berliner Wirtschaft und die Politik vor ungeahnte Herausforderungen gestellt, die große finanzielle Kraftanstrengungen erforderlich gemacht haben. Doch das Problem ist nicht, dass zu wenig Geld für den Staat vorhanden ist. Das Problem ist, dass es in den dysfunktionalen Verwaltungen versickert, wegen langwierigen Genehmigungsstaus nicht in Investitionen fließen kann und für unproduktive Ideologieprojekte ausgegeben wird. Es braucht jetzt eine klare Prioritätensetzung bei den Ausgaben ein Belastungsmoratorium, und einen zügigen Weg zurück zur Schuldenbremse. Eine solide Haushaltsführung schafft erst den nötigen finanziellen Spielraum, der Investitionen und eine effektive Krisenpolitik möglich macht.

DIE FAMILIENUNTERNEHMER in Berlin fordern daher:

- **Ein klares Bekenntnis zur Schuldenbremse:** Die Schuldenbremse stärkt das Vertrauen der Bürger und Unternehmer in eine solide Finanzpolitik und trägt damit zu mehr privaten Investitionen in Berlin bei. Forderungen, sie langfristig aufzuweichen oder gar abzuschaffen, sind ein weiteres Zeichen wirtschaftsfeindlicher Standortpolitik. Die Behauptung, ohne Schuldenbremse würde der Senat den immensen Investitionsbedarf nicht finanzieren können, ist zudem falsch. Viele Töpfe sind randvoll mit Geldern, die nicht abgerufen werden. Langwierige Planungs- und Genehmigungsverfahren, Bürokratie und Kompetenzwirrwarr – all das bremst Investitionen stärker als die Schuldenbremse.
- **Eine transparente Haushaltsführung:** Der Senat darf die Schulden nicht in die Landesunternehmen oder etwaige Sondervermögen verschieben. Eine derart intransparente Haushaltsführung belastet das Land und damit kommende Generationen finanziell. Es muss zukünftig sichergestellt sein, dass Steuergelder zielgenau verwendet werden. Es braucht zudem ein Ende der ineffektiven Berliner Symbolpolitik, die nur mit den Zahlungen von gut haushaltenden Ländern wie Bayern und Hessen überhaupt möglich gemacht wird.
- **Ein Ende der Verstaatlichung und eine Konzentration auf staatliche Kernaufgaben:** Ein Erwerb der Fernwärme sowie der Gasag-Anteile des Energiekonzerns Vattenfalls kostet das Land ebenso wie die Rekommunalisierung des Stromnetzes Millionen – ohne dass ein zusätzlicher Nutzen entsteht. Wir fordern eine Konzentration auf staatliche Kernaufgaben wie Bildung und Verkehr und keine Ausweitung des staatlichen Sektors. Insbesondere in Krisen-Zeiten ist eine zusätzliche Belastung des Haushalts durch Rekommunalisierungen wirtschaftlich und sozial nicht verantwortbar!

Berlin ist eine wunderbare Stadt und es gibt ausreichend Ansätze, daraus eine moderne Metropole zu machen. Als Familienunternehmer sind wir bereit anzupacken und in den Dialog mit der Politik zu gehen, was wo besser werden kann. Dafür braucht es aber einen Mentalitäts- und Politikwechsel und einen Senat, der die Wirtschaft als Partner versteht. Am 12. Februar 2023 hat jeder Berliner Bürger die Wahl.

